

Der Handelskonflikt hat unumkehrbare Folgen, Trump kompromittiert sich selbst

9. Mai 2025 | Michael Hudson im Interview bei Liberation Daily, Shanghai

Dies ist eine kurze, prägnante und genaue Vision der nahen Zukunft. Am Ende des Interviews kommt Michael zu dem Schluss, dass die Zukunft in den USA ein politisches dunkles Zeitalter sein wird. „Der Konflikt findet zwischen den sozialen Systemen statt.“ Ein weiterer Hinweis von echtem Wert ist, dass Michael sagt, dass es hier kein Zurück gibt. Die USA können das Problem nicht lösen, weil sie nicht bereit sind, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Und dann werden sie, wie meine chinesischen Freunde sagen, nicht sanft in die gute Nacht gehen. Betrachtet man dieses prägnante Material sowie den derzeitigen Zirkus in den Golfstaaten, so bleibt das Bild von Turbulenzen und nicht von Frieden. Es handelt sich hier eindeutig um einen Konflikt der sozialen Systeme, und dazu wird noch mehr kommen.

https://view.inews.qq.com/k/20250514A01FVR00?web_channel=wap&openApp=false

1. Wie sehen Sie die Ursachen für den Handelskonflikt zwischen den USA und China? Glauben Sie, dass es sich in erster Linie um einen Wirtschaftskonflikt handelt, oder handelt es sich um eine tiefere politische und ideologische Konfrontation?

Hudson: Er ist viel tiefer als ein Handelskonflikt. Es ist ein Konflikt zwischen Gesellschaftssystemen. Die USA sind eine neoliberale Wirtschaft, die vom Finanzkapital dominiert wird. Ihr politisches Ziel ist es, die staatliche Regulierung abzubauen und die grundlegende Infrastruktur zu privatisieren sowie die Finanzzentren (Wall Street) zum zentralen Planer der Wirtschaft zu machen. Diese Planung liegt nicht im Gesamtinteresse der Wirtschaft.

Das Problem ist, dass dieser Plan die Volkswirtschaften zwischen Gläubigern und Schuldnern polarisiert und den Arbeitnehmern und dem Rest der Bevölkerung Sparmaßnahmen auferlegt. Die USA können also kein erfolgreiches Alternativmodell dulden. Aus diesem Grund haben die USA nach 1917 die Sowjetunion bekämpft. Sie betrachten China als eine existenzielle Bedrohung, nicht wegen des Außenhandels, sondern weil es ein viel erfolgreicherer Wirtschaftsmodell aufweist. Und dieser Erfolg hat dazu geführt, dass andere Länder ihren Handel und ihre Investitionen an China und nicht an den USA ausrichten.

Daher versuchen die USA, Chinas Entwicklung zu stören. Trump nutzt seine Zolldrohungen gegen andere Länder als Druckmittel, um zu sagen, dass er die Zölle senken wird, wenn sie sich bereit erklären, keinen Handel mit China zu treiben. Er wird damit scheitern, und das verstärkt seinen Hass auf China.

2. Sie haben erwähnt, dass sich Chinas wirtschaftliches Entwicklungsmodell grundlegend vom kapitalistischen System der USA unterscheidet. Wie hat dieser Unterschied Ihrer Meinung nach die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern beeinflusst?

Hudson: Die USA haben sich dafür entschieden, dem Finanzsektor zu erlauben, Geld für sich selbst zu verdienen, anstatt das Finanzsystem für das Wirtschaftswachstum der Gesamtwirtschaft und die

Erhöhung des Lebensstandards zu nutzen. Das hat sie dazu gezwungen, ihre Industrie nach Asien auszulagern. Sie haben sich dafür entschieden, einen „Markt“ zu schaffen, der die Erzielung von Gewinnen auf rein finanzieller und nicht auf industrieller Ebene belohnt.

Die wichtigste Infrastruktur im öffentlichen Bereich Chinas ist die Bank of China und ihr Finanzsystem, das darauf abzielt, die Sachkapitalinvestitionen zu erhöhen, um die Produktivität und den Lebensstandard der Bevölkerung zu verbessern. Das US-Finanzsystem hat seinen wichtigsten Kreditmarkt in rentensuchenden Sektoren gefunden. Die Banken haben die Verschuldung erhöht, indem sie die Preise für Immobilien (80 Prozent der Bankkredite) sowie für Aktien in die Höhe getrieben haben, um Rohstoffrenten und Monopolrenten auf Kredite zu erzielen.

Das Ergebnis ist eine Rentierökonomie mit einer zunehmenden Kostenstruktur. Im Marxschen Sinne sind die Finanzerträge die Sphäre der Zirkulation, nicht die Sphäre der Produktion. Die US-Industrie muss den Arbeitnehmern so viel zahlen, dass die Wohnkosten bis zu 43 Prozent des Einkommens ausmachen, der Schuldendienst (abgesehen von den Hypotheken) weitere 10 oder 15 Prozent, dazu kommen die Kredite für die Ausbildung der Studenten (1,8 Billionen Dollar), die Kreditkartenschulden (1,3 Billionen Dollar) und die privatisierte Gesundheitsversorgung (18 Prozent des BIP). Es ist unmöglich, dass die Arbeitgeber den Arbeitnehmern genug zahlen können, um diese Lebenshaltungskosten zu decken und auf ausländischen Märkten wettbewerbsfähig zu sein.

3. Im Handelskonflikt haben die USA eine Reihe von Zollmaßnahmen ergriffen. Glauben Sie, dass diese Maßnahmen das amerikanische Handelsdefizit wirklich beheben können, oder werden sie zu weitreichenderen wirtschaftlichen Folgen führen?

Hudson: Das Ziel von Trumps Zollmaßnahmen ist es, staatliche Einnahmen zu schaffen, die es ihm ermöglichen, die Steuern für die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung zu senken, hauptsächlich für den Finanz-, Versicherungs- und Immobiliensektor (FIRE). Die Wirkung dieser Zölle wird jedoch darin bestehen, dass ein Großteil des Handels völlig zum Erliegen kommt.

Wenn das Handelsdefizit schrumpft, wird dies zwei Auswirkungen haben. Vor allem wird die Inflation in dem Maße, in dem die Zölle erhöht werden, stark ansteigen. Das wird das Arbeitseinkommen drücken, was zu Zahlungsausfällen bei Hypothekenschulden und privaten Schulden führt. Dies wird zu Zwangsvollstreckungen von Häusern und Krediten führen und dazu, dass viel weniger Einkommen zur Verfügung steht, um es für inländische Produkte auszugeben. Viele kleine Unternehmen werden ihr Geschäft aufgeben müssen.

Die Zölle werden auch zu Unterbrechungen in der Lieferkette vieler Unternehmen führen – zum Beispiel bei Automobilherstellern, die auf bestimmte importierte Teile angewiesen sind, oder bei Pharmaunternehmen, die auf wichtige chemische Komponenten angewiesen sind. Und auch die Rüstungs- und High-Tech-Industrie, die Seltenerdminerale und andere wichtige Rohstoffe benötigt.

So wird die US-Wirtschaft in eine Rezession und vielleicht in eine längerfristige Depression gezwungen werden.

4. Sie haben darauf hingewiesen, dass Chinas Wirtschaftssystem ein Mikromanagement nach sowjetischem Vorbild vermeidet und Markttrückkopplung und Innovation zulässt. Wie zeigt sich

dieser institutionelle Vorteil im Zusammenhang mit dem Handelskonflikt zwischen den USA und China?

Hudson: China hat sich bemüht, seine Wirtschaft flexibel zu gestalten – und auch unabhängig von den Versuchen der USA, die Informationstechnologie, die Herstellung von Waffen und andere Produkte zu monopolisieren. US-Unternehmen streben eine Monopolstellung an, die den Wettbewerb minimiert, um Monopolrenten zu erzielen. China lässt immer noch hundert Blumen blühen, um herauszufinden, was am besten gedeiht.

5. Welche Auswirkungen hat Ihrer Meinung nach der Handelskonflikt zwischen den USA und China auf die globale Wirtschaftsordnung? Könnte er den Trend zur globalen Multipolarität beschleunigen?

Hudson: Trumps Handelskonflikt, in dem er darauf besteht, dass die USA bei jedem Abkommen der Gewinner sein müssen, wird die Handelsbeziehungen der gesamten Welt verändern, und zwar IRREVERSIBEL. Trumps Handeln kann nicht mehr rückgängig gemacht werden. Der Schaden ist angerichtet.

Trump macht aus dem Handelskonflikt zwischen den USA und China einen Keil, um zu versuchen, die Länder Europas, des Globalen Südens und andere Länder vor die Wahl zu stellen, entweder ihren künftigen Handel und ihre Investitionen auf den US-Markt zu konzentrieren – der infolge von Trumps Handelskrieg schrumpft – oder an dem am schnellsten expandierenden Markt der Welt teilzuhaben, nämlich dem Chinas und seiner asiatischen Partner entlang der Belt and Road Initiative.

Die Wahl besteht darin, entweder kurzfristig zu leben und Störungen des US-Handels (und drohende politische Regimewechsel) zu vermeiden oder die langfristigen Wachstumsaussichten zu berücksichtigen.

Doch die Finanzwelt lebt von der Kurzfristigkeit, und viele ausländische Regierungschefs verdanken ihre politische Position der Unterstützung durch die USA. Ihre Loyalität gilt also den geopolitischen Zielen der USA, nicht ihrer eigenen Bevölkerung.

6. Welche Seite ist Ihrer Meinung nach eher bereit, im Handelskonflikt zwischen den USA und China Kompromisse einzugehen? Welche Form könnten solche Kompromisse annehmen?

Hudson: China hat angekündigt, dass es bei seiner prinzipiellen Position keine Kompromisse eingehen wird. Das muss es auch nicht, denn es hat viele Alternativen zu den Beziehungen mit den USA (auch wenn es natürlich zu kurzfristigen Unterbrechungen kommen wird).

Aber Trump geht bereits Kompromisse ein – mit sich selbst. Es scheint, als würde er seit dem 2. April gegen sich selbst verhandeln, indem er seine Drohungen, kanadische und mexikanische Autoteile mit 25 Prozent zu besteuern, zurücknimmt und auch seine Zölle auf chinesische Exporte von I-Phones und anderen Produkten, die Trumps wichtigste politische Unterstützer benötigen, um ihre Unternehmen rentabel zu halten, rückgängig macht.

Die USA werden sich also in einer schwächeren Position befinden, da Trumps Hoffnung, andere Länder dazu zu bringen, sich seiner Anti-China-Koalition anzuschließen, keine Unterstützung findet

– insbesondere nicht bei seinen engsten politischen Verbündeten und Satelliten in Europa und sogar in Japan und anderen ASIEN-Ländern.

7. Wie wird sich der Handelskonflikt zwischen den USA und China auf die globale Handelslandschaft auswirken?

Hudson: Wenn sich das Chaos gelegt hat, werden die USA sich vom Rest der Welt isoliert haben, anstatt China zu isolieren. Und die Handelsschranken werden zu einer Preisinflation führen und die US-Wirtschaft weiter polarisieren, was die Deindustrialisierung der USA vertieft und sie noch abhängiger von anderen Ländern macht, die nicht der US-Finanzialisierungsideologie folgen.

8. Welche Lösungsmöglichkeiten sehen Sie im Handelskonflikt zwischen den USA und China, um für beide Seiten vorteilhafte Ergebnisse zu erzielen? Welche Hindernisse müssen überwunden werden, um diese Lösungen zu verwirklichen?

Hudson: Die eigentliche Frage lautet: Wem wollen die politischen Entscheidungsträger in den USA nützen? Die USA werden von Sonderinteressen geleitet, hauptsächlich im Finanzsektor und in monopolisierten Sektoren, nicht im öffentlichen Interesse. Sie sind bereit, die Wirtschaft schrumpfen zu lassen und den Lebensstandard noch weiter zu senken, solange sie selbst reicher werden. Das ist der Wirtschaftstrend, der sich seit 2008 stetig fortsetzt und der sich noch beschleunigen wird.

Für die USA gibt es nur eine Möglichkeit, dieses Hindernis zu überwinden. Das heißt, sie müssen ihr Wirtschaftssystem ändern. Aber Wirtschaftssysteme ändern sich nicht, wenn die Bevölkerung nicht in der Lage ist, eine Regierung zu ermächtigen, die stark genug ist, um den Finanzsektor daran zu hindern, zu einem räuberischen Ausbeuter der gesamten Wirtschaft zu werden. Das würde entweder eine neue politische Partei oder eine Revolution erfordern.

Ich glaube nicht, dass eines dieser Dinge in absehbarer Zeit geschehen wird. Die Republikaner und Demokraten haben das Entstehen einer dritten Partei durch ein komplexes Labyrinth von Wahlbeschränkungen blockiert. Deshalb haben selbst die „progressiven“ Demokraten erkannt, dass sie innerhalb der Grenzen ihrer von der Wall Street und den militärischen Neocons kontrollierten Partei arbeiten müssen. Die Grüne Partei, die hinter Jill Stein steht, war nicht einmal in der Lage, im letzten November hier in New York, wo ich lebe, einen Platz auf dem Wahlzettel für die Präsidentschaftswahlen zu bekommen.

Ich sehe keine Revolution. Es gibt kaum eine linke Bewegung in den USA. Was als „links“ oder „marxistisch“ bezeichnet wird, konzentriert sich in Wirklichkeit auf die Identitätspolitik der ethnischen Zugehörigkeit (rassische Minderheiten) und der LGBTQ, nicht auf die Identität eines Lohnempfängers. Und Trumps Vorgehen gegen Universitäten, deren Studenten gegen wirtschaftliche Ungerechtigkeit oder Völkermord protestieren, zeigt die Macht einer neuen McCarthy-Ära mit Polizeistaat und FBI-Zensur der Massenmedien, der Presse und des Bildungssystems.

Das Ergebnis sieht eher nach einem politischen finsternen Zeitalter aus als nach einer Alternative zur wirtschaftlichen Polarisierung und Schrumpfung der USA. Ich sehe also einen langsamen Absturz, wachsende Unzufriedenheit, aber keine revolutionäre Situation.